

Bericht über das 16. Forum
vom Freitag, 4. September 2009, 18:15 Uhr
Bern, Käfigturm, Marktgasse 67 (2. Stock)

Themenkreis: Neue Konzepte im Verhältnis von Staat und Wirtschaft

**Eine neue Finanzmarktordnung:
Analyse der Krise und Reformvorschläge**

**Proff. Mario von Cranach und Philippe Mastronardi,
kontrapunkt**

Thesen

1. Die Krise ist eine Folge des Versagens sowohl des Finanzmarktes wie der Wirtschaftswissenschaft.
2. Die Krise gründet nicht nur im Fehlverhalten von Menschen. Sie hat systemische Ursachen im ungezügelter Kapitalismus und in der Deregulierung des Finanzmarktes.
3. Die privatwirtschaftliche Buchgeldschöpfung führt zu einer gefährlichen Abkoppelung des Finanzmarktes von der Realwirtschaft.
4. Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Finanzmarktordnung: Der Finanzmarkt ist in Wirklichkeit nicht ein gewöhnlicher Markt, sondern ein Service Public, welcher im Auftrag der Staaten das Geld- und Kreditwesen als Infrastruktur der Realwirtschaft zu gewährleisten hat.
5. Grundlage einer neuen Finanzmarktordnung ist das Verständnis der Wirtschaftsfreiheit als Ordnung von Freiheit und Verantwortung im öffentlichen Raum: Wer dank seiner Freiheit Macht über Dritte ausübt, muss sein Handeln vor diesen rechtfertigen. Das führt zu einer Sozialpflichtigkeit des privaten Eigentums. Das Einkommen aus Kapital muss zum Einkommen aus Arbeit in ein Gleichgewicht gebracht werden.

Teil I: Mario von Cranach

Grundlegende Fehler des Finanzsystems verursachen die Weltwirtschaftskrise (Ausführungen zu den Thesen 1-3)

- I. Merkmale der spätkapitalistischen Weltwirtschaft führen zu
- II. **Systemfehlern der Finanzwirtschaft.**
- III. Diese werden von Politik und Wissenschaft nicht erkannt und
- IV. lösen die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise aus.
- V. Die Wirtschaftswissenschaften versagen.
- VI. **Korrekturen der Systemfehler** sind möglich, tangieren aber kapitalistische Grundprinzipien. Besser wäre eine **neue Ordnung der Finanzmärkte.**

I. Gefährliche Merkmale der spätkapitalistischen Weltwirtschaft

1. Ideologie des neoklassischen Liberalismus
2. Kapitalistische Prinzipien:
 - Gewinnprinzip mit Wachstumszwang*
 - Absoluter Schutz des Eigentums*
 - Vorrang des Kapitals gegenüber der Arbeit*
3. Übergrosse internationale Unternehmen
4. Der politische Einfluss der Wirtschaft
5. Ungleiche Leistungsbilanzen der Länder
6. Unzureichende Regulierung der globalen Wirtschaft (Weltwirtschaft ohne Weltregierung).

II. Fehler des globalen Finanzsystems

(Hauptthemen des Referats:)

1. **Buchgeld und Buchwerte wachsen und übersteigen die Realwirtschaft. Entsprechend wächst eine gefährliche Verschuldung.**
2. **Die hohe Umsatzgeschwindigkeit macht die Prozesse instabil und unkontrollierbar.**

(Erkannte und vieldiskutierte Probleme:)

3. Die gesteigerte Kreditschöpfung der Banken schafft weiteres Buchgeld.
(Referat R. Strahm hier im Forum)
4. Die Grösse ihres Finanzplatzes gefährdet die Volkswirtschaften kleiner Länder. Die Grösse einiger Banken wird zum Klumpenrisiko.

III. Die Entstehung der Buchgeldblase

1. Die **zunehmenden Unterschiede in den Einkommen und Vermögen** (kleine Einkommen werden verbraucht, grössere angelegt) in allen Industrieländern in Kombination mit dem **Prinzip des Zinseszins** führen zu gewaltigen Vermögen an Buchgeld und Buchwerten. (Da die Zinsen in allen Preisen (mit 30 - 50%) enthalten sind, ist das zugleich eine gewaltige **Umverteilung** von unten nach oben).
2. Die modernen Kommunikationsmittel machen **weltweite Transaktionen in Echtzeit** möglich. Dadurch steigt der Umsatz der Finanzmärkte stark an und übertrifft die Leistungen der Realwirtschaft um ein Vielfaches.

IV. Einige Fakten

1. Das Wachstum des Buchgeldes und der Verschuldung

Ich habe hier nur Daten aus Deutschland zur Verfügung:

(In Milliarden:)

<u>Jahr</u>	<u>Buchgeldvermögen</u>	<u>BIP</u>
1950	59	105
1975	1541	1029
2000	11936	3976

(nach Helmut Creutz, 2004; Daten Deutsche Bundesbank)

2. Die Marktkapitalisierung der Buchwerte

„Im Jahr 2006 war der Marktwert der Aktien um 10%, der nationalen und internationalen Schuldverschreibungen um 50%, der der Derivate 10 x grösser als die gemessene Weltwirtschaftsleistung“.

(Niall Ferguson, 2008).

3. Die Steigerung des Umsatzes

„ Im Jahr 2007 war das Volumen der Finanztransaktionen 73,5 mal so hoch wie das nominelle Welt-BIP, seit 1990 expandiert es fast 5 x so rasch wie die Weltwirtschaft“.
(Oesterreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2008).

V. Die Folgen

1. Das Buchgeld hat seinen Bezug zur Leistung der Realwirtschaft verloren, es besitzt **keine Deckung** mehr.
2. Es entstand ein ungeheurer **Anlagedruck**.
3. Zu seiner Befriedigung wurden zahlreiche „Finanzprodukte“ mit teilweise virtuellem Charakter geschaffen.
4. Das Ausweichen in spekulative Geschäfte führte zu Preissteigerungen im Grundstoff-, Energie- und Nahrungsmittelmarkt.
5. Die hohe Transaktionsgeschwindigkeit machte die Märkte unkontrollierbar.
6. Die hohe Verschuldung gefährdet die Stabilität der Weltwirtschaft.

Das Versagen der Wirtschaftswissenschaften liegt darin, dass sie diese Zusammenhänge weitgehend ignorieren.

VI. Mögliche Massnahmen

1. Gegen die Buchgeldschwemme

- Abschaffung oder Einschränkung des Zinses, verbunden mit einer Sicherung des Geldumlaufes
- Begrenzung der Vermögensgrösse durch Besteuerung
- Stärkere Beteiligung der Erwerbsarbeit am Produktionsgewinn
- Verringerung der Lohnspannen
- Einbezug der Kapitalverzinsung in die Finanzierung der Sozialwerke.

2. Einschränkung der Verschuldung und ihrer Folgen

- Begrenzung der Schuldzinsen
- Anforderung an Schuldnervermögen und Sicherheiten
- Rückzahlungsfristen

3. Verlangsamung der Transaktionen

- Verzögerung der juristischen Wirkung von Geschäftsabschlüssen bei Verbot von Leerverkäufen
- Karenzfristen (z.B. im Börsenhandel)
- mit der Dauer des Besitzes abnehmende Abgaben

4. Regulierung und Kontrolle von Finanzprodukten und auf Zukunft gerichteten Finanzgeschäften

Alle diese Massnahmen stellen **Eingriffe in kapitalistische Prinzipien**, insbesondere in Eigentumsrechte und Handlungsfreiheiten dar und dürften auf entsprechenden Widerstand stossen. Da sie zudem Stückwerk sind, ist **eine grundlegende Neukonzeption** der Finanzmärkte vorzuziehen.

Teil II: Philippe Mastronardi

Reform

(Ausführungen zu den Thesen 3 und 4)

These 4: Der Finanzmarkt ist ein Service Public

- *Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt.*
Heute gilt der Finanzmarkt als gewöhnlicher Markt. Banken und Börsen unterstehen nur einer Art Marktpolizei.

- *Der Finanzmarkt ist Teil der Wettbewerbsordnung.*
Geld und Kredit gehören zur Infrastruktur der Realwirtschaft. Sie sind Teil der übergeordneten Ordnungspolitik, nicht der Interessenpolitik. Sie gehören zu den Spielregeln, nicht zum Spiel des Marktes.

Das Geld, mit dem der Finanzmarkt spielt, wird ihm ursprünglich vom Staat zur Verfügung gestellt mit dem Auftrag zur Grundversorgung mit Finanzdienstleistungen. Der Finanzmarkt ist damit ein Service Public, welcher öffentliche Interessen wahrzunehmen hat.

- *Die Gewährleistungsverantwortung des Staates*
Service Public heisst nicht Verstaatlichung, sondern nur Staatsverantwortung. Der Staat hat die Gewährleistungsverantwortung dafür, dass die öffentliche Aufgabe im gesetzlich geforderten Sinne wahrgenommen wird. Die Erfüllungsverantwortung, also die Pflicht zur konkreten Erbringung des öffentlichen Dienstes, kann aber in unterschiedlichem Ausmass an private Träger übertragen werden. Verletzen diese ihre Pflichten, muss der Staat jedoch seine Auffangverantwortung wahrnehmen.

- *Eine neue Finanzmarktverfassung*
Artikel 98 der schweizerischen Bundesverfassung ist zu einer eigentlichen Finanzmarktordnung auszubauen:
 1. Der Bund erlässt Vorschriften über den Finanzmarkt.
 2. Er gewährleistet die Grundversorgung mit Finanzdienstleistungen und zieht dafür Private bei.
 3. Er sorgt für die Rückbindung des Finanzmarktes an die Realwirtschaft und für ein angemessenes Verhältnis von Kapitalertrag und Arbeitserlös.

These 5: Es braucht eine Verfassung des Kapitalismus als öffentliche Ordnung von Freiheit und Verantwortung

Den Kapitalismus "verfassen" heisst, ihn auf die Grundsätze der Gesellschaft, der Politik und des Rechts verpflichten. Der Kapitalismus birgt Risiken, die er selbst nicht steuern kann. Er braucht daher eine Begrenzung durch Regulierung.

- *Ist das der alte sozialistische Ruf nach dem Staat? Nein:*

Der moderne Staat wird noch weitgehend in den gleichen Strukturen und Prozessen geführt wie der Staat des vorletzten Jahrhunderts. Heute muss die Gewaltenteilung vom Staat auf die intermediären Gewalten ausgedehnt werden.

Alle Organisationen, welche Macht im öffentlichen Raum ausüben, sind den Grundsätzen der Verfassung zu unterstellen. Deshalb ist auch die Wirtschaft zu verfassen, d.h. durch rechtliche Regeln in ihrer Macht zu begrenzen.

Wird dadurch die liberale Freiheit verraten? Nein:

Freiheit ist immer zugleich Recht und Pflicht, Macht und Verantwortung.

Unsere Freiheit wird erst durch den Staat und das Recht ermöglicht; wird Freiheit zu Macht gegenüber Dritten, muss sie vor diesen gerechtfertigt werden.

- *Wird dadurch das Prinzip der Subsidiarität verletzt? Nein:*

Der Staat hat eine primäre Gemeinwohlverantwortung. Die Demokratie entscheidet, welche Probleme staatlich, welche wirtschaftlich gelöst werden sollen. Die Wirtschaft hat nur dort Vorrang, wo sie das geeignetere Mittel ist, um die Wohlfahrt aller zu fördern.

- *Der Staat muss dem Kapitalismus Grenzen setzen:*

Der Staat muss dem privaten Egoismus Grenzen setzen. Der Staat bestimmt demokratisch, wer welche Verantwortung im öffentlichen Raum zu tragen hat, wie er rechenschaftspflichtig ist und einem Willkürverbot untersteht.

In der Wirtschaft übt Eigentum als Kapital Macht über die Lebensbedingungen Dritter aus. Wenn die Vielen ihr Eigentum aus Arbeit erwerben müssen, dürfen die Wenigen nicht ein Übermass an Eigentum aus Kapital ansammeln. Das Kapital muss seine Macht daher mit der Arbeit teilen.

- *Einkommen aus Kapital muss an das Einkommen aus Arbeit gekoppelt werden:*

Die Instrumente dazu können auf der Seite des Kapitals ansetzen (Erbchaftssteuer, Kapitalgewinnsteuer oder Abgaben auf Transaktionen im Finanzmarkt. Sie können auf der Seite der Arbeit ansetzen (Mitbestimmung und Mitbeteiligung der Arbeitnehmer, Begrenzung der Lohnspanne oder bedingungsloses Grundeinkommen).

Diskussion

(Die Diskussion konnte vom Berichterstatter nur rudimentär protokolliert werden, da er zugleich Referent war)

Der Staat sind wir! Die Reformvorschläge betonen zu wenig, dass nicht nach einer dritten Macht gerufen wird, sondern dass wir als Bürgerschaft der Wirtschaft die Regeln vorgeben. In der Demokratie sind wir der Staat.

Wenn Bonus, dann Malus! Wenn die Arbeitnehmenden am Kapitalgewinn beteiligt werden sollen, dann sollen sie auch am Verlust mittragen müssen.

Störend ist die Klage der UBS, ihr Team sei abgewandert, weil ihre Bonus-Zahlungen beschnitten wurden. Damit wird die Globalisierung als Zwang vorgeschoben. Dabei ist gar nicht erwiesen, dass die Lohnhöhe für die Gewinnung von guten Führungskräften entscheidend ist.

Wer ist die Wirtschaft? In der Schweiz sind es v.a. die KMU, also die kleineren Betriebe. Diese sind nicht dem gleichen Kapitaldiktat unterworfen. Adressiert sich die Reform gleichermassen an sie? - Die KMU sind nicht auf dem Kapitalmarkt, solange sie keine börsenkotierte Aktiengesellschaft bilden. Das erhöht ihren Spielraum für ethisch verantwortliches Handeln sehr. Das Gewährleistungsmodell soll sich v.a. für den Finanzmarkt auswirken. Die Realwirtschaft wird nicht zum Service Public erklärt.

Zwischen Thomas von Aquin und Karl Marx? Die Reform steht auf liberalem Boden. Es würde sich aber lohnen, die Eigentumsordnung grundsätzlich zu überdenken.